

Klima retten - Braunkohle stoppen - Zukunft gestalten

3. Entwicklungskonferenz im Martin-Luther-Gemeindehaus Erkelenz

Zum dritten Mal lud der Kirchenkreis Jülich zu einer Entwicklungskonferenz ein. Vertreter aus Politik und Kirche sowie Fachleute aus Bürgerinitiativen trafen sich in Erkelenz, um sich über Zukunftsperspektiven nach dem Ende des Braunkohletagebaus zu informieren und auszutauschen.



Neben Vertreterinnen und Vertretern aus den evangelischen Kirchenkreisen Aachen, Gladbach-Neuss und Jülich, unter ihnen auch der Gladbacher Superintendent Dietrich Denker, waren Landtags- und Bundestagsabgeordnete nach Erkelenz gekommen: Dr. Gerd Hachen (MdL), Oliver Krischer (MdB), Reiner Priggen (MdL), Thomas Rachel (MdB, Parlamentarischer Staatssekretär), Norbert Spinrath (MdB) und Gudrun Zentis (Bündnis 90/DIE GRÜNEN). Nicht zuletzt dabei Willi Paffen, Stellvertretender Landrat des Kreises Heinsberg und die ausgewiesene Fachfrau für Umweltfragen der Stadt Mönchengladbach, Barbara Weinthal.

Der gastgebende Jülicher Superintendent Jens Sannig begrüßte die Anwesenden mit einer Lesung aus der Stellungnahme des damaligen Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Peter Beier, die dieser anlässlich der Protestversammlung „Verheizte Heimat“ in Erkelenz am 26. August 1989 abgegeben hatte. Beier sagte damals unter anderem: „Wo immer der feingesponnene Zusammenhang von Natur und Kultur angetastet wird, sind Christen nach ihrem Glauben gefragt. Denn in beiden Bereichen wirkt Gott der Herr als Schöpfer und Erhalter. Christen sind also geradezu verpflichtet, sich Klarheit darüber zu verschaffen, wo die Grenzen zwischen notwendiger, lebenserhaltender Technik und Ausbeutung, ja Zerstörung der naturgegebenen Zusammenhänge liegen. Diese Bemühung gehört zum Auftrag des Glaubens.“



Jens Sannig formuliert das Anliegen der 3. Entwicklungskonferenz: „Die Menschen in der Region brauchen Perspektiven für die Zeit nach der Braunkohle.“

Reiner Priggen nannte die Themen, die in den kommenden Jahren im Hinblick auf den zu Ende gehenden Braunkohltagbau wichtig seien:

- Die Frage der Ewigkeitslasten
- Die Frage des Wasserhaushaltes
- Die Förderung der Tagebaurandkommunen

Die Tagebaue Garzweiler und Hambach seien umgeben von einer Industrie- und Technologieregion, die große Chancen für die Zukunft nach der Braunkohle eröffne. In diesem Zusammenhang sei auch die Folgenutzung auf den Flächen von RWE zu klären. Voraussetzung für eine gute Gestaltung der Zukunft sei es unter anderem, jetzt das Ende des Tagebaues zu definieren.

Eine gute Grundlage sei der Zusammenschluss der Kommunen um Hambach und Garzweiler zur gemeinsamen Planung der Zukunft. Dieses Engagement der Kommunen mit abgestimmten Planungsprozessen sei durch entsprechende Fördermittel zu unterstützen.

Oliver Krischer schilderte die Situation der Region aus Berliner Sicht; sie werde dort als Braunkohleregion wahrgenommen. Für einen effektiven Strukturwandel müsse die Region sich entsprechend aufstellen. Es müsse Klarheit über Termine (Ende der Kohleförderung!) geschaffen werden. Ungelöst sei die Finanzierung der Altlasten der Braunkohle; seitens RWE gebe es eher keine Bereitschaft für ein finanzielles Engagement am Ende der Förderungstätigkeit. In dieser Frage müsse jetzt verhandelt und müssten offene Fragen geklärt werden.

Entgegen der Berliner Wahrnehmung unserer Region lebe sie nicht nur von Braunkohle. Es gebe eine Verantwortung des Bundes für beide Braunkohleregionen des Landes; diese bewege sich zurzeit vor allem auf die Lausitz zu.

Oliver Krischer sieht durch den aktuellen Umbau der Automobilindustrie Potential für Arbeitsplätze in der Region; aber auch die Nacharbeiten zum Braunkohletagebau schaffen aus seiner Sicht eine signifikante Anzahl von Arbeitsplätzen.

Thomas Rachel führte aus: Die Energiewende, die als gesellschaftliche Grundentscheidung zu sehen sei, müsse jetzt gestaltet werden. Man befinde sich jetzt im Zeitalter der erneuerbaren

Energien und der Energieeffizienz. Technische Neuerungen, dezentrale Energieerzeugung, Photovoltaik, Windparks seien die entsprechenden Stichworte.

Die Region um Hambach und Garzweiler sei eine der spannendsten Technologieregionen in Europa. RWTH Aachen, FH Aachen und Jülich sowie das FZ Jülich als größte Forschungseinrichtung Deutschlands seien gute Beispiele für die Zusammenballung an Knowhow.

Sein Ministerium habe das „Kopernikusprojekt“ ins Leben gerufen; über 10 Jahre arbeiteten 250 ausgewählte Institute an den vier großen Themen

- neue Netzstrukturen (beteiligt RWTH Aachen)
- Speicherungsfrage (beteiligt RWTH Aachen und FZ Jülich mit über 50 Partnern)
- Industrieprozesse
- Systemintegration

Es würden 17 Mio. EURO investiert.

In die laufenden Veränderungsprozesse sei die Zivilgesellschaft mit einzubinden, damit gesellschaftliche Akzeptanz erreicht werde.

„Perspektiven für die Menschen in der Region schafft Vertrauen“, so Thomas Rachel.

Sein Ministerium habe das Forschungsprojekt „render“ auf den Weg gebracht; dieses erarbeite Lösungen, wie die Umsetzung der Energiewende in einer Region gelingen kann.

Für die konkrete Arbeit in der Aachen-Jülicher Region habe man 3,5 Mio. EURO bereitgestellt.



Jens Schneider

Jens Schneider vom FiW (Forschungsinstitut für Wasser- und Abfallwirtschaft) an der RWTH Aachen stellte das Projekt „render“ (Regionaler Dialog Energiewende) vor, das für die Städteregion Aachen ein Energieszenario für das Jahr 2030 beschreibt, und das auch Vorbildfunktion für andere Regionen und Akteure haben kann.

Unter der Überschrift „Gemeinsam auf den Weg machen zur EnergieRegion Aachen 2030“ hat man sich auf den Aspekt „Strom“ konzentriert. Im intensiven Kontakt mit allen relevanten Akteuren wurde der Ist-Zustand an Windkraft- und Photovoltaikanlagen sowie verfügbarer Biomasse ermittelt. Ebenfalls im Dialog mit allen Akteuren der Region wurden Fragen wissenschaftlich-analytisch bearbeitet wie die nach dem voraussichtlichen Stromverbrauch 2030 oder auch die Frage, wieviel Strom in einer Stadt-Land-Region umwelt- und sozialverträglich erzeugt werden kann.

Die Erstellung eines informellen regionalen Energieplanes zeigt auf z.B. mögliche Ausbaupfade bis 2030 und die damit verbundenen Chancen für die Region.

Im Ergebnis der umfangreichen Arbeiten ergeben sich für das Jahr 2030 ein leicht rückläufiger angenommener Stromverbrauch und ein Potential für den Anteil der erneuerbaren Energiegewinnung an der Stromproduktion von ca. 80%.

Ein wichtiges Ergebnis neben vielen anderen dieses render-Projektes ist nicht zuletzt der Hinweis, dass es durch die dezentrale Stromgewinnung eine zunehmende Wertschöpfung in der Region und für die Region gibt.

(Alle Informationen zum render-Projekt auf der Internetseite <http://wordpress.regionaler-dialog-aachen.de/dezember-2016>)



Jens Sannig, Barbara Weinthal und Hans Stenzel (Mitweltbeauftragter des Kirchenkreises Jülich)

Die anschließende Diskussion vertiefte und ergänzte die Informationen des Vortrages. Angesprochen werden unter anderem:

- Kraft-Wärme-Kopplung, die beim render-Projekt nicht behandelt wurde
- Problem des Flächenbedarfs für Windenergie und Photovoltaik; es gebe eigentlich ausreichend Fläche, die mögliche Umnutzung des RWE-Geländes sei zu erörtern
- Das render-Konzept, das für die Aachener Region erarbeitet werde, müsse z. B. auch auf die Kreise Düren und Heinsberg übertragen werden
- Problem der Schaffung von Speicherkapazität
- Die soziale Begleitung der von der Umstrukturierung betroffenen Menschen und die Bürgerbeteiligung seien unverzichtbar; jede und jeder sei wichtig mit seinem Engagement vor Ort
- Frage des Einsatzes von Erdwärme
- Es gebe ein großes Interesse aller Tagebaurandgemeinden an einer intensiven Vernetzung
- Bei der Energieerzeugung vor Ort bleibe die daraus erzielte Wertschöpfung in der Region

Superintendent Sannig nannte als Ergebnis der 3. Entwicklungskonferenz unter anderem die folgenden drei Punkte, die in Zukunft zu bearbeiten seien:

- Definition des Endes der Braunkohleförderung
- Frage der Finanzierung der Ewigkeitslasten
- Förderung und Finanzierung regionaler Strukturentwicklungsprojekte

Kirchen und Kommunen müssten im gemeinsamen Gespräch bleiben. Es gelte, an der Schaffung einer neuen Gemeinsamkeit in der Region mitzuarbeiten.

Kirche verstehe sich als Anreger für Gespräche und Aktionen.

Er dankte allen Anwesenden für das engagierte, sachliche und sachkundige Gespräch.